

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenstraße 14. Tel.: 210 43 (Abt.); 210 47 (Verlag). Mit der Industriellen Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Sonnabend, 12. Dezember 1931 11. Jahrgang Nr. 233

Ein neues Bielefelder Abkommen!

10% Lohnabbau — freie Vereinbarung

(Eig. Bielef.) Bielefeld, 11. Dezember.

Bei den Verhandlungen über die Löhne der Bielefelder Metallarbeiter wurde von den Gewerkschaftsführern und den Unternehmern eine freie Vereinbarung abgeschlossen, wonach am 14. Dezember die Löhne um 5 Prozent und ab 1. Januar nochmals um 10 Prozent gesenkt werden sollen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die diese unerhörte Lohnabbauvereinbarung abgeschlossen haben, fordern beim Lohnabbau keine Grenzen. Was in Bielefeld vereinbart wurde, droht allen Arbeitern. Darum können nur Vertrauen mehr zu den Agenten der Kapitalisten, die solche Lohnabbauvereinbarungen schließen. Alle Arbeiter müssen sich jetzt in die rote Einheitsfront einreihen!

Am 1. März 1929 wurde in Bielefeld von den Sozialdemokratischen Gewerkschaften ein Abkommen geschlossen, das zu einer Niederlage der Arbeiterklasse führte. Die damalige Arbeiterklasse ließ sich im Glauben und im Vertrauen auf das Wort sozialdemokratischer Führer darauf ein, die Waffen niederzulegen. Die Folge war der Einmarsch des Generals Walter in Bielefeld.

Unabhängig von den Verhältnissen in Deutschland ist es auch auf der Weltweite, auf der Straße überall nur über die Not. Die Notverordnung der Brüning-Regierung. Kein Wunder, denn die Bestimmungen dieser Verordnung schreiben tief in die Lebenshaltung aller Menschen ein. Der Sturm der Empörung macht sich in zahlreichen Entschuldigungen aus Betrieben und Versammlungen bemerkbar. Wie stark wird der Sturm erst werden, wenn Lohnabbau, Rentenminderung, Rentenentzug zur harten Tatsache werden wird.

Grund der neuen Notverordnung ist nunmehr in Bielefeld der erste Lohnabbau durchgeführt. In freier Vereinbarung der Vereinbarung zwischen Unternehmer und Bürokraten des SPD.

Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Betrieben! Nicht nur zu noch der Lage der Stadt, sondern dem Inhalt nach ist das Abkommen ein zweites Bielefelder Abkommen für das gesamte Proletariat!

Wacht sofort in allen Betrieben Stellung!

Sozialdemokratische Chemiarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr in Betrieben, die ihr in den Kontoren ausgebeutet werdet, merkt euch!

Die Gewerkschaftsbürokratie in den nächsten Tagen den Lohn- und Gehaltsabbau über den durchzuführen.

Die Schlichter, der laut Notverordnung bei Nichterfüllung der Forderungen einsteigen soll, wird in tausenden Fällen gar nicht einsteigen brauchen und wenn, dann werden die SPD- und USH-Vertreter bedingungslos kapitalisieren. Immer wieder muß es wieder kommen:

„Die diese ständige Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer könnte die neue Notverordnung niemals durchgeführt werden.“

Die Zeitung eine Leipziger bürgerliche Zeitung mit Bezug auf die Forderung der SPD zur Notverordnung:

„Wenn die Massen nicht wachen — die sozialdemokratischen Gewerkschaften mehr dem Kampf gleich in der ersten Stunde öffentlich um den Hals gefasst.“

Bielefeld zeigt, wie die Sozialdemokratischen „Um-den-Hals-nehmen“ die Tat umsetzt. Bielefeld zeigt, daß die in den Betrieben des Wirtschaftsbezirkes von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern der Betrieben zeitweise getrennt von den letzteren durchgeführt

Es gibt es in den Betrieben, eure Betriebsräte zu wählen, wie stellen sie sich zu dem ungeheuerlichen Verzicht der

sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Welche Einheitsfront wollen die sozialdemokratischen Betriebsräte, die des Klassenrats oder die des Kampfes. Das Beispiel von Deuna, das schändliche Spiel der Walter und Konjunktur gegen die roten Betriebsräte zeigt deutlich, wo die Sozialdemokraten stehen. Nichtmenschenanträge gegen solche Betriebsräte, die den Lohnabbau auf Verzicht ihrer Organisation schänden. Darunter liegt nicht in ihren Memoren. Stellt die braunblutigen Schwärzer, die dem Kampf ausweichen wollen, indem sie sich vorreden, daß die Gewerkschaften Kämpfe führen werden.

Die Lage ist klar, der Geist des neuen Bielefelder Abkommens darf nicht bei diesem Generalangriff nachgelassen werden. Die sozialdemokratischen Führer mögen es sich merken: Heute gibt es eine harte kommunistische Partei, verurteilt in den Massen des deutschen Proletariats. Und nicht „Bielefeld 1929“, sondern die rote Einheitsfront wird siegen!

Frei nach Mussolini!

Die italienische Reichszeitung „Fortuna“ schreibt zur Notverordnung Brüning:

„Der letzte Versuch Deutschlands entspricht den Richtlinien, die der Faschismus im vergangenen Jahr zur Anwendung gebracht hat.“

Seit der von Mussolini im Dezember 1930 beschlossenen generellen Lohnkürzung von 8-10 Prozent ist die italienische Wirtschaft folgendermaßen „angefahren“ worden: Die amtliche Arbeitslosenquote liegt nun bei 450.000 auf 800.000.

Die Produktion in den wichtigsten Industrien ging um 20 bis 30 Prozent zurück.

SPD-Parteivorstand beschließt:

Keine Stellungnahme zur Notverordnung

Was heißt das? — Ein Manöver zur Rettung der Notverordnung, gegen die Reichstagseinberufung

Die „Nachrichten“ melden aus Berlin:

„Gestern tagte in Berlin der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei. In mehrstündiger Beratung, bei denen auch der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns eintraf, beschloß man sich mit der gegenwärtigen Lage, die besonders durch die letzte Notverordnung der Brüning-Regierung verschärft wurde.“

In allen Reden kam unentbehrlich zum Ausdruck, daß diese Notverordnung selbst die schärfsten Erwartungen übertroffen habe und daß durch diese Notverordnung die Geduld der sozialdemokratischen Mitglieder am Ende angelangt sei. Dennoch will der Parteivorstand die Brüning-Regierung und die Notverordnungen weiter führen. Diesmal soll sogar an das übliche Manöver, sogenannte „Herbesetzungen“ in die Notverordnungen hineinquartieren, verzichtet werden. Solche Herbesetzungen wären ja nur möglich, wenn der Reichstag vor dem 23. Februar einberufen wird. Der Parteivorstand erklärte sich aber gegen eine Einberufung. Um die Öffentlichkeit und vor allem die eigenen Mitglieder zu täuschen, eroberte die Sitzung des Parteivorstandes mit dem Beschluß: „Beschlüsse wurden nicht gefaßt.“

Die Löhne der Chemiarbeiter

sind in den letzten zwei Jahren um etwa 30 Prozent gesenkt worden. Der Durchschnittslohn verringerte sich durch den Abbau aller über tariffähigen Leistungen von 42 Mark in der Woche Anfang 1930 bis auf 37 Mark Anfang 1931. Dieser Rückgang der Löhne wurde durch Einführung der vierzigstündigen Woche noch mehr verschärft. Im Jahre 1930 ist die Lohnsumme der Chemiarbeiter (Vollarbeiter) von 1 018 547 290 Mark auf 884 304 925 Mark, also um über 154 Millionen Mark zurückgegangen.

Da aber ab 1. Juli d. J. eine Senkung der tariflichen Grundlöhne nicht erfolgt ist, so wird jetzt eine weitere 15prozentige Senkung der Löhne erfolgen!

Diese Tatsachen sind hart! Sie müssen die Grundlage zur Schaffung der roten Kampfeinheit in allen Betrieben Mitteldeutschlands bilden.

Weitere Proteste

Erst in den Nachmittagsstunden des 9. Dezember ist die neue Notverordnung der Brüning-Regierung im Reichsgebiet im Druck erschienen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grelinski hat sofort alle öffentlichen Versammlungen schon für den Abend des 9. Dezember verboten. In Sachsen konnten aber am Abend des 9. Dezember noch mit polizeilicher Genehmigung öffentliche Versammlungen stattfinden und wir erhalten über 14 von der SPD einberufene Protestversammlungen folgenden Bericht:

„Überall protestierten die Massen härmlich gegen die neue Notverordnung der Brüning-Regierung. In allen Versammlungen herrschte glänzende Kampflimmung. Zahlreiche Aufrufe in die kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen wurden gemacht.“

Das ist ein weiterer Beweis dafür, wie die neue Notverordnung von den Massen des werktätigen Volkes aufgenommen worden ist.

Leuna heraus!

Sonnabend, den 12. Dezember, 20 Uhr, in Weißenfels im „Tivoli“.
Sonntag, den 13. Dezember, 9 Uhr, in Halle im „Wintergarten“.
Montag, den 14. Dezember, 20 Uhr, in Dürrenberg im „Kronprinz“.

drei Belegschaftsversammlungen!

Weitere Verbesserung des Lebens der Jangarbeiter der Sowjetunion

Moskau, 12. Dezember. Es wurde ein Beschluß des ZK der Sowjetunion über die Arbeitsorganisation und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Jangarbeiterität beschlossen.

Der Beschluß heißt es: „Die rasche Entwicklung des sowjetischen Aufbaus hat die Lebenshaltung der Arbeiter und der gesamten werktätigen Jugend erheblich verbessert. Das der richtigen Durchführung der Politik der Sowjetunion ist in der Sowjetunion die Arbeitsorganisation der Jugend in der Anwendung der organisierten Arbeit der Jugend in den Betrieben auf sozialistischer Grundlage außerordentlich gemacht und in noch weiterer Beschleunigung. So waren im Jahre 1931 insgesamt 1,2 Millionen Jangarbeiter in den Produktionsunterricht und in der Produktionsarbeit in den Betrieben einbezogen gegenüber im Jahre 1929. Der Arbeitslohn ist gestiegen. Sanierungsarbeiten sind infolge der Erhöhung der Aufwendungen um entsprechende Maßnahmen von 16 Millionen Rubel im Jahre 1930 auf 40 Millionen Rubel im Jahre 1931 weiter ausgebaut worden.

Es hat zur Steigerung der auf den Kampf für den sowjetischen geistigen politischen Aktivist und der körperlichen Gesundheit der Arbeiterjugend bei, während die Arbeiterklasse die Jugend in der von einer schweren Wirtschaftskrise des kapitalistischen Welt schonungsloser Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger preisgegeben ist.

In der gegenwärtigen Epoche des sozialistischen Aufbaus ist Aufgabe, die sozialistischen Formen der Organisation und der Organisation der Arbeit der Jugend auf eine höhere Entwicklungsstufe zu bringen, in ihrer ganzen Größe auszuführen. Es ist notwendig, daß das ZK der KPSU eine Reihe konkreter Maßnahmen vorgeschlagen, um

Erleichterung der Umstellung der Industrie und des Transportwesens auf den Sechsstunden Tag soll der besten gesundheitlichen und Arbeitszeit (3/4 Stunden Arbeit, 1/4 Stunden Ruhe) mit der Arbeitserleichterung eingeführt werden. Arbeitszeiten sollten mit der Aufnahme von Jugendlichen bis zu 16 Jahren verboten. Das bestehende Verbotnis der gesundheitlichen Verbotnis soll revidiert werden, und die Jugendlichen Jugendlichen für Industriebetriebe oder Bergbauarbeiten gesundheitsschädlicher Arbeit nicht verboten. Für die Verbotnis eine ärztliche Untersuchung mindestens einmal jährlich obligatorisch. Für Jugendliche soll eine besondere Sicherheitsberufung eingeführt werden.

Es ist notwendig, daß das ZK der KPSU verschiedene Maßnahmen zur richtigen Organisation der Sicherheitsarbeit in den Betrieben und Schulen und die Bildung von Jungkommunisten zur Verfügung und zur Verbesserung der Sicherheitsarbeit im Hinblick der Betätigung vor.

Das ZK weist alle Komitees und Zellen an, allerorts die Einhaltung familiärer Arbeitsbedingungen zu kontrollieren, im Hinblick der Entlastung der unmittelbaren Schulden festzustellen. Es ist notwendig, daß die Verantwortung zu sehen, wobei in den öffentlichen Gerichtsverhandlungen abgeklärt werden.

Für Hungernde nicht zu sprechen

Der Hungermarsch von Washington

Washington, 12. Dezember. Die Teilnehmer des Hungermarsches unter dem Slogan der „Internationalen“ von New York am 10. November des Rückmarsches sind eine hart besetzte Besetzung hat, an der mehrere tausend Washingtoner Arbeiter teilnahmen.

Die Teilnehmer besetzten das Verbotnis Hoover's und des Verbotnis, die sich weiterten, die Arbeitslosen zu empfangen. Die Besetzung entwarf die Pläne der weiteren Vertiefung des Kampfes um die Erwerbslosenunterstützung. Im Verbotnis (die des Verbotnis) treffen zahlreiche Telegramme von den Gewerkschaften verschiedener Städte ein. Alle protestieren gegen, daß Hoover sich geweiht hat, die Arbeitslosen zu empfangen.



„Was hast du gemacht?“ Sie hat ihn gefragt.

„Ich weiß es nicht!“

„Margot war hinaufgeklaut und stand nun mit Kopfbedeckung neben Helena.“

„Dann müssen wir Sie mitnehmen!“

„Ich muß mich der Gewalt fügen.“ — Margot, nimm Klaus zu dir. Wenn Karl vielleicht nicht wiederkommt und sie auch mich umbringen sollten. . .“

„Sollten Sie Ihr freches Maul!“ —

„Mutter ich die erste Frau, die ich umbringt von den Wärtern ganz zu schweigen?“ Helena öffnete ihre Bluse und wollte ihrem Jungen die Brust geben.

„Greife zu! Sollen wir dir das unverschämte Maul klopfen?“

„Ihr nennt ja auch die Huren, die ihr erst vergewaltigt.“

Da erhielt sie einen Stoß, daß sie mit ihrem Kinde zusammenfiel und vor dem Sofa liegen blieb.

„Erdrückende Feiglinge!“ Ichre Margot nun und half Helena aufstehen. „Kannst du immer nur auf arme Teufel losgehen? Warum wollst du dir erst festsetzen? Erdrückst sie doch gleich hier!“

„Im Hof und auf den Treppen lamellen sich bedrohlich viel Menschen an. Der junge Truuant machte ein hilfloses Gesicht.“

„Sie haben selbst Schuld.“ Ichre er ein. „Warum proudest du?“

„Dann verdammt die ich hierüber mit dem Unteroffizier.“

„Ich“ befehl die hier den Rindergewächtern unter dem Stahlschirm. Sie nahmen wieder Erwartung von der Verhaftung Helens Abstand. Als sie gingen, traten die im Hof und auf den Treppen stehenden Männer und Frauen beiseite, als würden sie vor giftigen Schlangen aus.

Zwei Stunden später ging Albert. Er wollte zum Arbeitsnachweis. Vor dem Depot der Straßenbahn standen Soldaten zum Schutz der Arbeitsmittler. Durch die Frontlinie liefen marschierenden Regimentsgruppen. Sie sangen patriotische Lieder und trugen eine riesige schwarzmelierter Fahne unter. Hat den Augenwinkeln mühen sich breite Schlangen von Menschen auf um. Der Generalstreik war proklamiert.

Politische Massenstreiks in Spanien

Die Arbeiter streiken gegen Kohraub und Hungerprogramm der Regierung

Madrid, 11. Dezember. In Saragossa, in Gijon und einer Reihe anderer Städte sind die spanischen Arbeiter in den Generalstreik getreten. Sie verlangen Rücktritt der Regierung, die den Arbeiterklassen immer wieder Kohraub und neue Steuern auferlegt und nicht fähig ist, die wachsende Arbeitslosigkeit einzufangen und der Not von Millionen zu wehren.

In Gijon erscheint keine einzige Zeitung mehr. Wasser- und Elektrizitätswerke wurden gestern ebenfalls auf mehrere Stunden stillgelegt. Die meisten Geschäfte halten aus Solidarität mit den Streikenden geschlossen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurde ein Arbeiter getötet. Ein großes Polizeiaufgebot ist bereits herangezogen worden. Die Behörden haben Militär angefordert.

In Saragossa kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei, wobei ein Arbeiter getötet und zwei Polizisten schwerverletzt wurden.

Mcala Zamora Staatspräsident

M. Madrid, 11. Dezember. Die spanische Nationalversammlung wählte am Donnerstag Mcala Zamora zum Staatspräsidenten. Er erhielt 892 Stimmen von insgesamt 410. 35 Abgeordnete gaben keine Stimme ab, 31 Stimmen verteilten sich auf Solleto, Anamua, Arjaga und Colfo. Janones Wahl ist somit rechtsig.

Völkerbund sichert Japans Raubzug

Pariser Ratstagung beendet — Japan behält vollkommen freie Hand

Paris, 12. Dezember. Die Völkerbundtagung über den Krieg in der Mandchurei wurde mit einer fastschlüssigen Entscheidung beendet, die Japan noch einmal vollkommen freie Hand für die Weiterführung seines Raubzuges in der Mandchurei gibt.

Während Friland noch keine Schlussworte sprach, waren es hauptsächlich der Hoffnung Ausdruck, daß die „Einzelgelenke“ in der Mandchurei jetzt eingestellt werden — lautete bereits der japanische Reklamierminister die Meinung in die Welt, daß die japanische Regierung auf der Räumung Kinschass durch die chinesischen Soldaten bestehen werde. Japan müsse Kinschass freieren, am endlich die „Ordnung“ in der Südmanchurei herzustellen. Die Regierung habe sich zur Entsendung von zwei weiteren Brigaden nach Mandchao entschlossen.

Wie verlautet, hat der japanische Geschäftsträger der chinesischen Regierung mitgeteilt, daß die japanische Regierung die Entsendung aller chinesischen Soldaten aus der Mandchurei verlangt. Die südmanchurische Eisenbahn soll ständig von

Studentenanfrage in Shanghai

(S) Shanghai, 11. Dezember. Der Bürgermeister von Shanghai, General Jingshan, ist von den des Reichens belagerten Studenten gezwungen worden, seinen Rücktritt zu erklären. Die Studenten verlangen von der Regierung die Ablehnung der Entlassung des Reichens in der Mandchurei. Er drohen, einen Generalstreik zu proklamieren und nach Hankow zu marschieren.

in die Menge. Eine Person wurde getötet und 50 Demonstranten verletzt.

Im besaglichen Maschinenbau werden die Löhne ab 15. Dezember um 2% Prozent und ab 15. Februar 1932 um weitere 2% Prozent herabgesetzt.

Das englische Unterhaus lehnte am Donnerstagabend den von der Arbeiterpartei eingebrachten Militäraussetzungsantrag mit 400 gegen 44 Stimmen ab.

Der englische Außenminister Henderson ist in Cannes eingetroffen.

Der polnische Außenminister Jaleski hat sich zu politischen Verhandlungen nach London begeben.

Kurze Auslandsnachrichten

In der oberbergschischen Industrie werden am 15. Dezember wiederum etwa 2000 Arbeiter entlassen. Mehrere Werke haben die zeitliche Arbeiterhilfe auf eine Zeit von drei Monaten beantragt und wollen die beurlaubten Arbeiter höchstens ausstatten.

Die Arbeitslosenfrage in Cilestreich ist nach der amtlichen Statistik in der zweiten Novemberhälfte um 22.700 auf 273.958 gestiegen. Es handelt sich hier nur um die unterliegenden Arbeiter.

Die Sitzung des Parlaments in Cilestreich wurde von einer großen Volksmenge gestört. Nach Räumung der Tribünen gegen sich die Unruhen auf der Straße fort. Die Polizei feuerte

„das muß ich erst verkauen.“ Seine Hände lagen schwer auf ihr und seine Finger umklammerten sie vor Betonung ihre Schultern. Als er sie losließ, ging sie schweigend in die Küche und räumte den Tisch ab.

„Hat denn Vater schon gegessen?“ fragte Hilbe.

„Er mag nicht!“

„Kann?“

„Erst hierher kommend auf das Paket. Hat er Feierabend bekommen?“

„Ja!“

III.

Im anderen Morgen fand Hilbe, wie immer, um sechs Uhr auf Korner brühte sich Hilbe und sich Kaffee auf. Hilbe arbeitete im „Deutschen Hilfsverein“. Erich lernte Buchdrucker.

„Wißt du denn schon aufstellen?“ fragte Margot als Erich und Hilbe fort waren. Es ist doch fast hier in der Küche. Wir haben keine Kohlen mehr. Herber geht nicht in die Schule. Ich möchte mich nach ein bißchen hinlegen.“

„Warum geht Herber nicht?“

„Die Schule wurde gestern mit Soldaten besetzt.“

Margot legte Brot und Marmelade in den Schrank zurück und wuschte Tisch und Messer ab.

„Wißt du denn schon fortgehen?“ forschte sie weiter.

„Ich warte auf die Zeitung.“

„Rechtlich kommt gar keine, die Buchdrucker wollen heute in den Streik treten, lagte Erich.“

„Versuchte Streikerei! — Werden nicht eher Ruhe geben, die sie verhängern. Müßt ihr nicht wissen, was sie eigentlich wollen?“

Albert tappte nervös in der Küche auf und ab.

„Hat denn das arme Volk nicht genug für andere geschuldet und gehungert?“ antwortete Margot sornig. „Für die Rinde die Karl und Holz umgebracht haben und schon wieder frisch „Deutschland, Deutschland“ über alle“ singt!“

„Wollen denn die Spartakisten etwas anderes, als die Schwärzler?“ Sie klappte seine gegen die Republik. — Die Schwärzler würden nicht ohne die Spartakisten.“

Albert hielt inne und horchte. Schwere Tritte knarnten im Hof, über die Treppen. Margot rief die Tür auf. Eine bewaffnete Patrouille ging die Treppe hoch und trommelte an Helens Tür.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Arbeit der R.G.O.

Notverordnungsbindnis der Gewerkschaftsführer

Die Gewerkschaften sollten sich zur Durchführung der Dränging-Politik organisatorisch vereinigen. — Arbeiter, legt ihnen die dreifache rote Einheitsfront entgegen!

Seit längerer Zeit werden Verhandlungen über eine organisatorische Vereinigung der christlichen, kirchlich-Dauerlichen und „freien“ Gewerkschaften geführt. Bei der Durchführung der neuen Notverordnungsbindnis wollen die christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften hat die Bedeutung eines Brückens, in dem der kirchlich-Dauerliche Gewerkschaftsführer für die folgenden des Lohnabbaus jegliche Verantwortung abgibt. Damit ist dem Arbeiter die Verantwortung übertragen, die Verantwortung der kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaftsführer zu übernehmen.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaftsführer werden nicht nur zum Kampf gegen die Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

Die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die Verantwortung für die Durchführung der Notverordnungen, gegen den Lohnabbau, die Dränging-Regierung führen, im Gegenteil, sie haben sich mit den christlichen, kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften vereinigt, um mit vereinten Kräften bei der Durchführung der Notverordnungsmaßnahmen mitzuwirken.

More Fronten in Leuna

Bankrotterklärung der reformistischen Bürokratie — Gegen Lohnabbau u. Entlassungen Bonzen machtlos — Schafft die rote Kampfeinheit auf der ganzen Linie

U.A. Am Donnerstag fand in Leuna, der sogenannten Hofsburg der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie, die angelegte Belegschaftsversammlung statt. Bei Beginn waren 50-60 Leuna-Arbeiter und Angehörige zugegen; zum Schluss der Versammlung wurden es immer weniger. 6 Gewerkschaftsangehörige und reformistische Betriebsräte folgten dafür, daß viele der Anwesenden zum Saale hinausgedrängt wurden. Aber trotz aller Anstrengungen konnte die Gewerkschaftsbürokratie in dieser Versammlung nicht, woher sie sich die größten Versprechungen machte, seine Erfolge blicken lassen.

Schon die Tatsache, daß in der Großgewerkschaft Leuna-Röfen, die 6000 Einwohner hat und davon 2500 noch in Leuna Beschäftigte, die größtenteils in Werkswohnungen wohnen und die von der SPD und Gewerkschaftsbürokratie dauernd beeinflußt wurden, nur im allerhöchsten Maße 60 Kollegen in die Versammlung kamen, beweist schon, daß das Vertrauen zur sozialdemokratischen Führungskraft auch in Leuna-Röfen gänzlich erschüttert ist.

In Diskussionen vor und nach der Versammlung haben die Arbeiter wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sogar noch in der SPD organisierte Kollegen es ablehnen, in die Versammlung zu kommen, weil sie gegen die Politik der Bürokratie stehen. Diejenigen, die mit der kommunistischen Partei und den roten Betriebsräten sympathisieren, können es in der Arbeitslose nicht mehr wagen, sich offen zur roten Kampfeinheit zu bekennen.

Der ganze Versammlungsverlauf war ein einziges Eingeständnis des Bankrotts der Gewerkschaftsbürokratie. Aber der Herren Verbandssekretäre hatte eine andere Linie. Die offene, scharfe Schreibweise des „Klassenkampf“ und das ruhige, sachliche Auftreten der

mit einer Sozialdemokratie bekämpfen, dann müßten wir neben das Leuna-Wert noch ein anderes Leuna-Wert bauen, „bloß um Leute zu beschäftigen“. Produzieren könnte aber das neue Wert nicht, weil das alte Wert noch nicht mal ausgenutzt werden könne.

Alle diese Hingehänge wurden in den nachfolgenden Ausführungen der roten Betriebsräte juristisch gemacht. Der rote Betriebsrat Gemelle Diefelke sollte ganz besonders das Problem der Sozialdemokratie vor allen Dingen auch die Sozialpolitik in Gemietland auf. Der Gemelle Diefelke wie der Gemelle Diefelke sollten die Ausführungen der Gewerkschaftsbürokratie zusammenfassen, die wiederum darauf angelegt waren, die Festigung und Vertiefung der roten Kampfeinheit in Leuna-Wert zu verhindern, zu isolieren.

Auch früher vom Fabrikarbeiterverband hatte sich in der Rednerreihe der Gewerkschaftsbürokratie herorganisiert. Er grenzte sich von den anderen ab, die die Einheit nur unter Führung der SPD und der Gewerkschaft wollte. Er meinte, man müßte sich um „Organisation zu Organisation verständigen“ und ehlich miteinander beraten, was man nun zu tun gedenke! —

Alles in allem, sämtliche Ausführungen der Reformisten waren das Eingeständnis ihrer völligen politischen Pleite.

Das bemerkenswerteste Eingeständnis für die Letztere Entwidlung in Leuna hatte der sozialdemokratische Anstaltsekretär Müller gemacht, der davon sprach, daß Leuna-Wert gegen den Lohnabbau in Leuna bevorzugen; über die Zahl sei aber noch keine Angaben gemacht worden, daß würden es erhebliche Entlassungen sein! Auch er kam zu dem Schluß, daß man praktisch nichts dagegen unternehmen könne.

Gegen Wittermann kam die Resolution der roten Betriebsräte zur Abstimmung. Es fanden sich anfänglich kaum einige Kollegen, die dagegen stimmten; da sprach Walter auf und brüllte: „Gewerkschaftsangehörige, alles dagegen stimmen!“ Er verurteilte auf die Anwesenden einen förmlichen Druck auszuüben. Der rote Betriebsratvorsitzende stellte Annahme der Entlassung der roten Betriebsräte fest, die Bürokraten protestierten. Es entstand ein unangehmer Sturm, für die zweite reformistische Entlassung fand sich dann auch ein Teil Kollegen, der doch stimmte. Walter behauptete, es seien 42 gewesen. Doch wieviel waren dann noch Anwesende da. Ein genaues Stimmenergebnis ließ sich überhaupt nicht feststellen. Wie der Gertrudende an einen Strohhalm zu klammern sich die Bürokraten an die Behauptung, daß ihre Entlassung doch angenommen worden sei.

Für die Leuna-Betriebsräte ist diese Frage absolut unbedeutend. Es geht nicht um die Entlassung der Gewerkschaftsbürokratie, es geht um die mitleidige Kampfmobilisierung der gelamten Leuna-Betriebsräte. Die Bankrotterklärung der Bürokraten in ihrer Hochburg Leuna stellt für uns in aller Schärfe die Aufgabe, mit der größten Aktivität die rote Kampfeinheit gegen Leuna-Könige und Palastherrscher herzustellen. Die Bonzen, die in den ersten Betriebsratsversammlungen die Rolle der gelassenen Faschisten übernahmen, treten in Leuna nun etwas früher.

Aber ganz offen haben sie sich auch in Leuna als Gegner der roten Einheitsfront entpuppt.

Die Bürokraten wollen keinen Kampf, sie helfen den Leuna-Königen Lohnabbau und Entlassungen funktionieren, sie wollen die „Arzte“ des Kapitalismus sein wollen. Die Fronten sind wiederum klar: Schafft die rote Kampfeinheit gegen die Chemiegewerkschaften und ihre Catanen, die in den verschiedenen Farben schillern!

Schafft die rote Kampfeinheit auf den Domänen der Junker

U.A. Die Krautzunker, vornehmend auf das „Dritte Reich“ orientiert, haben ein Regiment auf den Domänen und Gütern aus, das für die Landarbeiter die fortschrittliche Auebeutung und Willkür bedeutet. Die Landarbeiter wollen sich wehren. Die gesamte wertvolle Bevölkerung des Landes muß ihnen helfen.

Auf den Gütern im Saalekreis, besonders in Nauendorf und Prißler, herrschen beispiellose Zustände. Bei einem Krautzunker in Nauendorf wurden die Landarbeiter gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, daß ihnen keine Erwerbslosenunterstützung mehr abgezogen werde. Der Junker sicherte ihnen eine halbjährige Kündigungsschutz. Der Anwaltschaft war, daß sich der Junker aber nicht daran halten und am 1. Dezember zwei Landarbeiter das Arbeitsverhältnis angeheimgeworfen, „Arbeitsmangel“ fingierte.

Im Frühjahr wird er schon wieder Kräfte brauchen. Nun sitzen die Landproleten da ohne Interaktion!

Der Fall der zwei Landarbeiter muß zur Kampfrage der gesamten Nauendorfer Arbeiterklasse gemacht werden.

Auf dem Jagdschlösschen Gut in Prißler hat der Stahlhämmermeister einen ausgehungerten Stahlhämmermeister und mehrere Frauen und Mädchen entlassen. Jetzt greifen es diese Kollegen, daß sie während der Ernte noch besser und geschlossener zusammenstehen müssen. Damals verurteilte der Stahlhämmer revolutionäre Arbeiter ins Gefängnis zu bringen. Es muß die rote Kampfeinheit sein, die aus neuen Domänen Kampfrufen herbeiführt.

Auf der Domäne in Gannow, Rittergut Klesmann, wurde ein Jettel ausgehängt, monats vom 1. Januar 1932 alle Knechtsempfänger zu Hause bleiben lassen!

Die Arbeiter im Draufhof sollen im Tagelohn dreifach. Nun, das Dreifach ist im Gange. Die längsten Arbeitskräfte für 14

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Bis 19 Jahren wurden dabei verwendet. Die älteren Landarbeiter gehen mit Schippe und Spaten und verrichten irgendeine Arbeit. Daraus wird die Entlassung. Bei dem Rittergut Schreiber in Gannow kommen die Pferde mittags nicht mehr in den Stall. Von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags geht die Schulfahrt durch. Die Frauen müssen ihren Mannern das Essen überal nachtragen.

Fundhebel und schlechte Behandlung, das ist der „Inhalt“ des Lebens eines deutschen Landarbeiters.

Sieht man es nur aus gegen: bessere revolutionäre Arbeit auf dem Lande geleistet und zum letzten Halmwert die rote Einheitsfront gemacht.

RG O Bergbau Chemie Metall

das ist die Front, an der es in erster Linie zu kämpfen gilt!

Wirb überall unermüdetlich für die RG O! Leiste Betriebs- u. Gewerkschaftsarbeit!

roten Betriebsräte und RGO-Funktionäre, die prächtig die Linie der roten Kampfeinheit im Leuna-Wert entwickeln, zwingen die Bürokratie, ihren Kurs, den sie in den ersten Betriebsratsversammlungen einnahmen, zu ändern. In der vorerwähnten Versammlung in Naumburg hatte der Bonze Schneider vom Fabrikarbeiterverband erklärt:

„In der Versammlung in Leuna werden mir euch rote Betriebsräte aus dem Saale tragen. Wir werden glücklich mit euch abrechnen.“

Es kam aber anders. In den Ausführungen des roten Betriebsratvorsitzenden Willi Möbius, der wiederum die wirtschaftliche Krise und die Lage des Leuna-Proletariats glänzend entwarf, schloß sich der RGO-Sekretär Langenherm gerührt festzusetzen, daß Möbius „in vielen Dingen recht“ hätte! Aber die Schaffung einer besonderen Einheitsfront sei doch nicht notwendig. Gewerkschaften, SPD, Reichsbanner sei schon als Einheitsfronten vorhanden. Da kam von einem Proleten der Juchserfront: „Die Polizei müßt ihr noch anschauen bei eurer Einheitsfront!“

Der reformistische Betriebsrat Walter, der dann das Wort erhielt, mußte ebenfalls zugeben, daß die Lage des Leuna-Proletariats von Möbius richtig dargestellt wurde. Auch er betonte, daß neue Abbaumaßnahmen bevorstünden, neue Rationalisierung der Betriebe, und dann erklärte er frei und offen, daß die Betriebsräte dagegen „nichts machen könnten“.

Die Betriebsräte leihen lediglich Vermittler zwischen Verwaltung und Betriebsrat; sie müssen neutral sein!

Um die Kampfesfront der roten Betriebsräte ganz er herum wie die rote Linie zu ziehen, hat die Lage des Leuna-Proletariats von der Oberkommando des Fabrikarbeiterverband, Schneider, besetzt die freudige Linie. Er hegte gegen die Kompartunisten und gegen die RGO für die Leuna-Arbeiter sei es nicht von Nutzen, wenn in Rückfall eine eigene große chemische Industrie erziehe. Zur eigentlichen Lohnfrage und zur Frage der Entlassungen schweig er sich vollständig aus; ja, er ließ, wie Walter, durchblicken, daß man den Dingen keinen Lauf lassen müßte.

Der sozialdemokratische Anstaltsekretär Müller machte zur Frage der Kompartunisten die aller naivsten Ausführungen. Er meinte, wenn

85 Prozent Lohnabbau im Jahre 1931

Senkung der Arbeitslosenrente ist der tatsächliche Lohn noch mehr gesunken. Eine Schätzung wird durchschnittlich 7-8 Prozent des Lohnes dürfte keineswegs zu hoch, eher zu niedrig sein. Einschließlich des Abnehmens der Tariflöhne ist der durchschnittliche Lohnabbau etwa 18-19 Prozent des tatsächlichen Lohnes.“

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnes aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabredung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnes aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabredung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnes aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabredung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnes aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabredung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnes aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabredung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Arbeiter-Sport

Fußballspiele im Bezirk Halle

Spiele der Fußballer finden auf den vereinten Plätzen die...
Vorbereitung der Spiele in der Halle, nur des Spiel in...
Zeitschicht auf die Spiele. Dazu kämpfen die...
Sportklub gegen Gleichzeitigen. Trotz der drei...
während Sportklub der Berufspunkts aufweist. Der...
Wer der Meister?

Table with columns for teams and scores. Includes teams like VfL Eintracht, VfL Germania, VfL Eintracht, VfL Germania, VfL Eintracht, VfL Germania.

Ergebnisse der letzten Spiele...
VfL Eintracht 1 - VfL Germania 1
VfL Eintracht 1 - VfL Germania 1
VfL Eintracht 1 - VfL Germania 1

Führer durch die Geschäftswelt

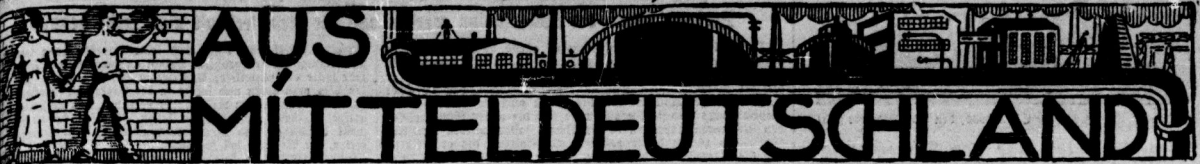
Large advertisement for 'Führer durch die Geschäftswelt' featuring various businesses like Cari Schreiber, S. & M. Crohn, Kaufhaus Luthnerstr. 14, and others. Includes a central banner for 'Spare auch Du bei der Verbands-Sparkasse'.

Vertical text on the left edge of the page, including 'A.S.', '0-6-7', 'Waldung', 'beliebten', 'er 1931', 'er 1931', 'er 1931'.

Vertical text on the right edge of the page, including 'IV', 'Lebensmittel', 'Brot- und Feinbäckerei', 'F. W. Glömann', 'Frisier - S. G. O. M. A. N. G. O. L. D.', 'Kobersheim', 'Erlau', 'Erlau', 'Erlau'.

Der „Arbeiter-Sender“

ist die einzige proletarische Funkzeitung die die weltlichen Kultur-...
Programme veröffentlicht. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. (einschl. Postgeb.).
Zu bestellen bei jedem Postamt oder bei Verlag: „Arbeiter-Sender“,
Bismarckstr. 6, Halle-Merseburg.



Hohenmölsen wählt Kommunisten!

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Mittelständler, entscheidet euch für den Weg des Kampfes unter Führung der Kommunistischen Partei! — Wählt Liste 2!

Am Sonntag finden in Hohenmölsen die Wahlen zur Stadt- und Gemeinderatswahl statt. Der Stadtbezirk ist in drei Stimmkreise eingeteilt. Die Wahlzeit dauert von 9—18 Uhr. Es wählen ein hiesiges „Vereinslokal“ die Wahlberechtigten mit den Anhangsbüchlein A—3 (Bezirk 1); ein hiesiges „Zum Löwen“ die Wahlberechtigten mit den Anhangsbüchlein 2—2 (Bezirk 2); ein hiesiges „Altehaus“ die Wahlberechtigten mit den Anhangsbüchlein A—3 (Bezirk 3).

SPD-Bürokraten ahnen bereits ihre Niederlage

Bei der richtigen Annahme, daß die Stadtbürokratenwahlen den rapiden Verfall des SPD-Einflusses und den für die Kommunisten günstigen werden, versuchen die SPD-Führer zu retten, was noch zu retten ist. Dabei greifen sie dem untauglichsten Mittel, zur Verberbung und Verleumdung. Der „Altehaus“ vom 10. Dezember veröffentlichte einen Artikel, in dem er „kommunistische Kollaboration“, „kommunistische Dummetz“ und „Verbrechen“ an dem auf die Einzelheiten dieses Kampfes eingehen zu wollen, sich vor das wichtigste heraus:

Der „Altehaus“ behauptet, daß die Kommunisten Anhänger der verkommenen Verleumdungstheorie seien, daß die Kommunisten die Verleumdung des Volkes münden und herbeiführen, um von Leuten von verhängten Millionen Proletarier“ ein Sondereinkommen aufzubauen.

Die gerade Gegenteil ist der Fall. Die Kommunisten sind nicht der logenamtigen Verleumdungstheorie. Lieberall dort, wo wir aktiv tätig sind, im Betriebsrat, im Erwerbslosenrat, im Arbeiterausschuss, im Parlament, versuchen die Kommunisten, den Kampf an der Spitze zu organisieren. Man kann sich die Kämpfe anmerken, wo diese Kämpfe mit einem positiven Ergebnis für die Arbeiter und Werktätigen geendet haben. Siehe die „Grube“ und gerade der Umstand, daß die Kommunisten sich für die Verteidigung der Interessen der Werktätigen einsetzen, ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

Der „Altehaus“ weist unserem Genossen Bauer vor, daß er die Kandidaten der SPD, welche die Verleumdungstheorie vertreten, nicht wählen sollte. Das ist ein sehr positiver Beitrag zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Werktätigen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kommunisten nicht die Verleumdungstheorie vertreten.

zu kommen. Wenn sie das nicht wagen, so können sie doch unmissverständlich den Kommunisten die Schuld an der Zerstückelung der Einheitsfront in die Schuhe schieben.

SPD-Kreistagsabgeordnete am Pranger

Kreisausschuss und Bezirksführerpräsident Weipenfels ist für die Politik der SPD und mit ihr für den Abbau der Einheitsfront. Die sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete Weipenfels war es, die schon vor der Wahl des Kreisausschusses und der Amtsvorleiter in allen bürgerlichen Parteien handelte und eine „Vollenteilung“ (M. L. P.) fertig machte und gegen alle kommunistischen Kräfte geltend machte. Die Stimme enthalten hat, damit reaktionäre Amtsvorleiter aus Arbeit kamen. Kommunistische Kreisausschussmitglieder wurden erhoben, weil sie den bürgerlichen Staat die Mittel entgegen, zum Streik freizufordern und für den Sozialismus die Mittel einsetzen wollen. Der Ortsamtsleiter, der im Kreisausschuss nachrückte, bekam vom Landrat eine Resolution vorgelegt, und sollte unterschreiben, daß er als revolutionärer Arbeiter auf dem Boden des kapitalistischen Staates steht und die Beschlüsse der SPD nicht anerkennen soll. Weil er diesen Berrat mit der SPD nicht mitmachte, taugt er nichts. Die Arbeiterschaft, auch in den sozialdemokratischen Reihen, urteilt darüber anders.

Scht euch diese Leute an!

Wer sind die Kandidaten und Anhänger der Nazi-Öfen? Neue, enttäuschte, infolge des Verrats der SPD, verprügelte Kasse sind entpuppen aus Adolf Hitlers Pfefferkorn. An der Spitze kandidiert ein „Dr. der Medizin“, der auch gleich den Patienten Martin Weitzer, den man als Kandidaten hinter sich hat, der sich selbst in der SPD befindet und so gerne erzählt, daß er auch für seine Leute vorantreibt. Aber will da behaupten, daß es nicht notwendig ist, den „Dr.“ mit im Parlament zu haben, um gleich die Heilung vornehmen zu können. Dann sollte der Gräbner, die bekannten „Kreiter“ des Leuno-Verkes, vergessen dürfen wir nicht dabei den Otto Schöffel zu erwähnen, der am ganzen Körper stierste, als im Kapp-Putsch die ersten Kugeln schifften. Otto schaffte sich aus dem Staube. Wie soll es erst dann bei Hitler werden? Auch die Glangsmann-Käufing darf in diesem Kontext nicht fehlen, der angeblich Stalitz-Wann ist, aber „Heil Hitler“ ruft.

Erinnerung an den Kapp-Putsch

Hohenmölsens Arbeiterschaft fand immer, wenn es galt, die Ansprüche der vereinigten Reaktion abzumehren, in vorderster Front und im härtesten Feuer des Kampfes gegen alle Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung. Es sei hierbei an den Kapp-Putsch erinnert. Während die USPD-Spitzen in Zeit noch verhandelt, entzifferte die Hohenmölsener Arbeiterschaft die damaligen Einwohnern noch die Verhölzung und Adolf Leopold ausgehollert hatten. Diese Arbeiterwehr eilte den bedrängten Diktatoren der Arbeiter zu Hilfe und half von hier aus, Tag und Nacht auf den Weinen, das Weihenellers Schloß von Kossitz, den letzten Freunden von Kapp, der das alte dreifache Gem der SPD wider anlag, hielten. Hund revolutionäre Arbeiter aus Hohenmölsen fanden vor Weihenellers im Kampfe mit der Konterrevolution den Tod. Der jetzige Spektakel...



SPD — „Arzt des Kapitalismus“
Geburthelfer des dritten Reiches

Die SPD lehnte ab, mit der Waffe zu kämpfen, scharfhafter Weise verpöchte ihm die Arbeiterschaft, die Kantine hinter der Front zu übernehmen. Der zweite Kandidat Albin Härtel, sah sich schon am Baume hängen und verlor die Abstimmung. Die jetzt bei den Nazis gelandete Gräbnerlei bekam Familienauswahl und „Kontra“ daher nicht am revolutionären Kampfe teilnehmen. Nach der die fünf Öfen des Kapp-Putsches von der revolutionären Arbeiterschaft beiseite wurden, verlor die „linke“ Verhölzung in einer überfüllten Massenversammlung im „Schillinghaus“ den Streik der Arbeiter ab zumürgen. Umsonst. Im Feuer des Kampfes schlicht, breitete die Arbeiterschaft weiter. Arbeiter mußte kämpfen. Er wurde in Karl Wegners Reichswehrmann vertriebt und nach Zeit gedrückt...

Wir alle wählen Kommunisten!

Das ist die Auffassung, die von allen Arbeitern, von allen Werktätigen in Hohenmölsen vertreten werden muß. Die Kommunisten machen keine Verheißungen. Sie erklären mit aller Offenheit, daß jede Verbesserung im Kampf durchgesetzt werden muß und daß der Ausmarsch des fürchterlichen Kriege der Gegenwart Sozialismus heißt, der ebenfalls ertötet werden muß.

Keine Stimme den Nationalsozialisten, deren Parteiung den bestehenden Hunger und die Rechtslosigkeit der Arbeiterschaft noch weiter verhängen will, um auf diese Weise die Profite des Unternehmertums sicherzustellen.

Keine Stimme den anderen bürgerlichen Parteien!

Keine Stimme der SPD, durch deren Forderung die Arbeiterbewegung erst ermöglicht wird.

Wir Stimmen der Kommunistischen Partei als Schauer der Revolution, unter ihrer Führung den Kampf gegen Lohnraub und Faschismus, für den Sozialismus zu organisieren!

Wir Stimmen der Liste Alfred Otto!

In jede Wohnung der „Klassentampf“!

der Preussag. Für die Arbeiter und Angestellten bleibt nicht viel übrig. Ich komme herein und sage: „Guten Abend, meine Herren!“ (Dort gibt es nämlich nur solche Herren, die nicht anders als mit „Seyt“ angedeutet sein wollen.) Nach dem Gruß lege ich meine Karte fort: „Ich bringe die neueste Nummer des „Klassentampf“ — „Hörst du auf dem Wege zu den Nazis.“ Die zwei anwesenden Männer schämen sich einen Augenblick und sagen: „Kommt für uns nicht in Frage.“ „Oh, — aber bitte, meine Herren, ein aufgeregter Mensch hat die Zeitung aus der Hand genommen... Auf einmal — ich denke, mich laßt der Witz — ihr seid im Hintergrunde eine piepische Stimme.“ Was, der Mensch bringt den „Klassentampf“ hierher, nur aber auf.“ Schon macht mir ein verdammtes Schreiberlein die Tür auf. In der Zeitungsfindung finden die beiden Hattenkreuzer die

der Preussag. Für die Arbeiter und Angestellten bleibt nicht viel übrig. Ich komme herein und sage: „Guten Abend, meine Herren!“ (Dort gibt es nämlich nur solche Herren, die nicht anders als mit „Seyt“ angedeutet sein wollen.) Nach dem Gruß lege ich meine Karte fort: „Ich bringe die neueste Nummer des „Klassentampf“ — „Hörst du auf dem Wege zu den Nazis.“ Die zwei anwesenden Männer schämen sich einen Augenblick und sagen: „Kommt für uns nicht in Frage.“ „Oh, — aber bitte, meine Herren, ein aufgeregter Mensch hat die Zeitung aus der Hand genommen... Auf einmal — ich denke, mich laßt der Witz — ihr seid im Hintergrunde eine piepische Stimme.“ Was, der Mensch bringt den „Klassentampf“ hierher, nur aber auf.“ Schon macht mir ein verdammtes Schreiberlein die Tür auf. In der Zeitungsfindung finden die beiden Hattenkreuzer die

„Eilenburger Neuzeit Nachrichten“

Die „Eilenburger Neuzeit Nachrichten“ sind ein Blättchen, das den Hohenmölsener Arbeiterschaft einen Einblick in die Welt der Kommunisten gibt. Die Verbindung mit den Spitzen der Organisation ist die „Nachrichten“ sind in der Lage, über Dinge zu berichten, die man in den gewöhnlichen Polizeiberichten nicht finden kann. Die „Nachrichten“ sind in der Lage, über Dinge zu berichten, die man in den gewöhnlichen Polizeiberichten nicht finden kann. Die „Nachrichten“ sind in der Lage, über Dinge zu berichten, die man in den gewöhnlichen Polizeiberichten nicht finden kann.

Betriebsarbeiter

Am morgigen Sonntag findet der Großwerbetag der Kommunistischen Partei statt. Unsere Genossen werden euch aufsuchen und auffordern, Mitglied der Kommunistischen Partei und Abonnent des „Klassenkampf“ zu werden.

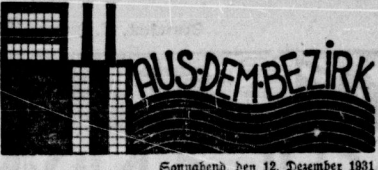
Folgt dem Ruf

Je stärker die Kommunistische Partei, je verbreiteter der „Klassenkampf“ und das „Mitteldeutsche Echo“, je mehr Betriebsarbeiter in die kommunistischen Betriebsstellen eintreten — desto leichter ist es, den Abwehrkampf gegen Lohnraub und Faschismus zu organisieren.

25000 Arbeitslose in Mitteldeutschland mehr

Leber die sprunghafte Zunahme der Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Monats November wird im amtlichen Bericht mitgeteilt. Die Zunahme in der Zahl der Arbeitslosen hat sich in der zweiten Novemberhälfte wiederum in verärfertem Maße fortgesetzt. Während die Zunahme Ende Oktober 4276 Personen und Mitte November 19 450 Personen betrug, hat die zweite Novemberhälfte eine Verflechtung der Arbeitsmarktes um 24 544 Arbeitslose gebracht. Die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen stieg daher von 420 720 — davon 76 507 weibliche — am 15. November auf 445 264 — davon 82 718 weibliche — am 30. November. Zwar in dieser Beziehung trugen vor allem die Arbeiterbeiträge zur Erhöhung der Arbeitslosenzahl bei. Von den Nichtarbeitslosen hatte die Metallindustrie die größte Zunahme mit 2795 Personen aufzuweisen. Die Zahl der arbeitslosen taunmännlichen Angehörigen setzte einen Rückgang von 142 Personen, der auf Ausbildungslosigkeit zum Weiblichensverlust zurückzuführen sein dürfte. Von den vorhandenen 445 264 Arbeitslosen erzielten 117 720 — 26,4 Prozent, verheiratete, arbeitslose Arbeitslosenunterstützung, 119 451 — 26,8 Prozent, Arbeitslosenunterstützung und 119 087 — 26,7 Prozent, Arbeitslosenunterstützung.

Bezugszeitung: „Mitteldeutsche Zeitung“, für den gesamten Inhalt; „Mitteldeutsche Zeitung“, für den Inhalt.



Sonnabend, den 12. Dezember 1931

Nazis kückten vor der Abrechnung

H. A. K. K. Die vor kurzem stattgefunden öffentliche Verammlung der SPD war ein Beweis für die Kückheit der Arbeiter vor revolutionären Front. Der Saal des „Deutschen Hauses“ war bis auf den letzten Platz besetzt. Der bis vor kurzem noch in der SPD organisierte Genosse Heilmann, Teilnehmer an der Genossenschaftsversammlung, überbrachte die protokollierten Briefe der Sozialisten, überbrachte die protokollierten Briefe der Sozialisten, überbrachte die protokollierten Briefe der Sozialisten...

Aus der amte Referent, Genosse G. aus Erfurt, der über die Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront aller Werktätigen sprach, fand vollen Beifall der Versammlung. Die Beschlüsse der Versammlung über die Umfassung des ehemaligen Reichswehrleutnants Scherger, über dessen Weg von der Nazi-Partei zur roten Front, fanden die größte Aufmerksamkeit. Ein jamaerisches Gemälde war die Rede eines Nazis. Nach Mitternacht wurde ein Vertreter der Jugendpartei, Frege führte die Nazis aus dem Saal, als Genosse K. auf die Taten der Nazis am Tage selbst einwirkte. Die Arbeiter von K. schickte, schickte auch zusammen in der Einheitsfront gegen den Faschismus. Folgt den Lehren der Kommunistischen Partei.

Merseburg-Querfurt Eine feine Gesellschaft

H. A. R. Die von den Nazis und Stahlhelmern gegründete nationale Wirtschaftliche Fördervereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Merseburg und Querfurt, die von den Nazis und Stahlhelmern gegründet wurde, die von den Nazis und Stahlhelmern gegründet wurde...

Und dabei die 30. März bei dem Stahlheimer Kammerentwurf, der sie am Mittwoch verließ hatte. Es erfolgte die Anwesenheit wurde durch eine Straßensperre, die Anwesenheit wurde durch eine Straßensperre, die Anwesenheit wurde durch eine Straßensperre...

Mansfeld-Sangerhausen Zentralverband der Invaliden kündigt Erhöhung der Bürgersteuer von 400 Prozent zu

H. A. G. Am Dienstag fand von der Ortsgruppe Mansfeld-Sangerhausen ein öffentliches Einmünderverständnis statt mit dem Thema: Stellungnahme zu den Berufslosenbeiträgen. Hier nun glaubt, daß der Zentralverband die Ablehnung möchte oder protestieren, der irt ist. Ein Antrag war an den Magistrat gestellt worden, in mehreren Punkten zu prüfen, damit es den Invaliden nicht zu schwer wird. Dieses war der ganze Kampf dieser Angelegenheit.

Der Vorsitzende B. er wollte weiter nichts zu den Bürgersteuern zu sagen, als wie oben angeführt. Der alte Christian, Christian, welcher wohl als Referent vorgesehn war, wußte auch keinen anderen Rat. Ein Genosse der SPD machte die SPD für die Bürgersteuern verantwortlich, mozu auch 9. 1. 1. in dem Invalidenverband gehört, denn der das kapitalistische System unterdrückt, trägt auch die Schuld an der sozialen Schließung der Berufslosen. Der Genosse rief zur Bildung der Einheitsfront auch unter den Rentnern und Bildung eines Kampfkomitees. Nicht Kampfglieder, sondern gemeinsam den Kampf aufgenommen bis zum Sturz dieses kapitalistischen Systems und Aufbau eines Systems, mo nicht mehr die alten Rentner die Kosten zu tragen haben.

Mit den Berufslosenbeiträgen rechnete unter Genosse ebenfalls ab. Nicht die papiernen Revolutionen, sondern der gemeinsame Kampf der kleinen Bauern und Arbeiter zu verzeichnen. Die Berufslosenbeiträge zu bezahlen. Wie unter Genosse vom Vorstand verlangte, zu dem neuen Rentenbau Stellung zu nehmen, antwortete der Vor. B. er, die neue Rentenordnung sei noch nicht fertig, es könne daher noch nicht Stellung dazu genommen werden, was große Heiterkeit und Empörung hervorrief.

Die Versammlung, die Verammlung hat auch die Hilfslosigkeit der Führer des Zentralverbandes der Invaliden gezeigt. Dazu gehört J. B. er, SPD, welcher immer noch spricht, für die Rentner der Armen einzutreten und dabei behauptet er diesen 400 Prozent Bürgersteuer als Wohlwollendheit an den Tisch. Auch in dieser Verammlung hat auch der SPD-Genosse den Weg aufgezeigt.

Entweder muß man dieses kapitalistische System durch Schaffung neuer Steuern im wesentlichen, oder durch die Schaffung der SPD nicht kann, weil sie mit diesem System verdammt ist. Es muß die Einheitsfront unter allen notwendigen Umständen, mozu auch für Rentner gehört, hergestellt werden. Diesen Kampf um die Einheitsfront der Rentner führt der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Werbt für den „Klassenkampf“

Beim Nachfüllen von MAGGI-Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch Es gibt für eine Flasche Nr. 0 2x 1/2 2x 3/4 3x 1/2 3x 3/4 Gutschein

Stränten muß aus SPD-Verammlung türmen!

Verleumdungen der Sowjetunion werden von der Arbeiterfront nicht mehr geduldet

H. A. K. K. Am Dienstagabend hielt die SPD in K. eine öffentliche Verammlung ab, zu der Stränten als Referent erschienen war. Hier nach Stunden lang sprach er über die Sozialistischen Fiktionen, die in einer Krise nicht geklärt werden kann, daß auch in der Krise der Kapitalismus noch hart genug wäre, daß die vielen Erwerbslosen den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen würden usw. Ein Genosse machte dielei politische Kontraste, als er erklärte, daß die Verberingung der Lebenshaltung der Arbeiter aus dem parlamentarischen Kampf erreicht werden kann. Die vielen Zwischenfälle der anwesenden Arbeiter bei diesem Anlauf dürften Stränten überzeugt haben, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Bogen nicht nach den Worten, sondern nach den Taten einbringen.

In der Diskussion sprach der Genosse K. er, es glänzend verstand, die Anwesenden, circa 250 Verammlungsbesucher, von den inhaltlichen Beiträgen des Referenten zu faszinieren. Dies ließ Stränten so auf die Stränten, daß er schon nach einer halben Stunde ihm das Wort entziehen wollte. Er hatte dabei aber nicht den Willen, daß der Genosse weiterzusprechen und Stränten abtreten zu lassen.

Seine Antwort, daß seine Ausführungen fort. Die Verammlung der mit größter Beifall aufgenommenen Diskussion wurde durch die parteiliche Arbeiter zu K. kommen. Die Stränten dies verhindern und sofort in der Diskussion sprechen mozu gab die anwesenden Arbeiter zu verstehen, daß sie sich nicht mit derartigen Methoden nicht gefallen lassen. Stränten konnte sich nicht mehr durchsetzen und wurde durch die Anwesenden, die Stränten, daß die Arbeiter soll sprechen, am Reden verhindert. Er mozu betonen, so aus dem Konzept gebracht, daß er nicht mehr weiter wie er sich freuen und werden sollte. Mit einer weiteren Zwischenpause wurde er dann noch, die Arbeiter einleiten zu lassen, mozu er doch energig darauf hinwies, daß er, wenn er nicht bei der Wahrheit bliebe, die Rede paffen könne. Nach fünf Minuten hatte die Geduld der Anwesenden aber ihr Ende erreicht. Stränten mußte abtreten und verließ unter Beifall den Saal. Die darauf folgende Verammlung, die in einer Verammlung der SPD ein Aufnahm-Delegierter sprechen wird, wurde von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen.

Die SPD kann in K. keinen Einheitsfront gewinnen. Die ehrlichen SPD-Arbeiter, macht Schluß mit dem Stränten an der Arbeiterfront, reißt auch ein in die rote Einheitsfront.

Natursehönheiten machen nicht satt!

Stahlhelm und Naziterror kößt auf den Rücken der Werttätigen — Kleinbauer kommt zur roten Einheitsfront!

H. A. K. Die von den Nazis und Stahlhelmern gegründete nationale Wirtschaftliche Fördervereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Merseburg und Querfurt, die von den Nazis und Stahlhelmern gegründet wurde, die von den Nazis und Stahlhelmern gegründet wurde...

Prinzipalgenosse, Nazis und Stahlhelm sind ernst dabei, den einen „Nachbarn“ zu lassen. Der Nachbarn, daß besonders die Konstruktion und sogar Baumhäuser erhalten, um so ein besseres Folge zu erzielen. Das immer größere Konkurrenz der Nazis, die Verdrängung dieser feigen Gesellschaft gegen kommunistische Funktionen mozu das Ergebnis, daß sofort zehn Arbeiter ihren Eintritt in die Partei erklärten.

Natürlich müssen wir Opfer bringen. Ein Genosse wurde zu Opfer mozu, einer zu Gebühre vorurteil; gegen einen dritten Genosse schmeißt das Verhären. Wir aber werden unbiert den Weg gehen, den uns Lenin gezeigt hat, weil wir wissen, daß die Herrschenden die letzten Maßnahme bald ein Ende erreichen wird.

Der zu uns, die Werttätigen und Kleinbauern, jetzt wird der Tat, daß ihr auch gewollt wird, mit den Kommunisten zu kämpfen. Wirtschaftlich werden von den Kleinbauern die wirtschaftlichen Steuern einzutreiben verlust. Es haben allen Anlaß, die Frage aufzuwerfen, warum nicht auch bei dem Baron von Heßler zu pflanzen wird, der dem Kreis G. erbeige an Grundbesitzern einen Betrag von 42 000 Mark schuldet.

Warnung an heidnisch-lukige Erwerbslose

H. A. K. Am Dienstagabend fand eine öffentliche Verammlung der Erwerbslosen in K. statt. Hier wurde die Verammlung der Erwerbslosen in K. statt. Hier wurde die Verammlung der Erwerbslosen in K. statt. Hier wurde die Verammlung der Erwerbslosen in K. statt...

Näher in Deutschland, genau so wie nachdem in England zu Wirtschaft in Italien, die Arbeiterfront nicht erhalten und zu retten. Gering hat den Nazis verboten. Keine hat das Eigentum gegen die revolutionäre Arbeiterfront beschnitten. Zum Kampf gegen Hunger und Faschismus führt die Arbeiterfront in beiden der Einheitsfront nur die SPD. Mit einem Hinweis auf Sozialismus schloß der Genosse S. K. seine Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Da Bergholz auf die sachlichen Argumente des Genossen S. K. nicht erwidern konnte, wurde er nervös. Er wußte sich nicht anders, als die Rede zu unterbrechen und einen, der jedoch durch Polizei aus dem Saal bringen zu lassen. Darauf verließ die meisten Arbeiter das Lokal. Die Verammlung war ein großer Erfolg für die rote Einheitsfront gegen den Faschismus, die kein Bergholz aufhalten kann.

Aus dem Saalkreis Rot schmiedet die Einheitsfront

H. A. Am Dienstag, 12. Dezember, fand eine öffentliche Verammlung der Arbeiter in K. statt. Hier wurde die Verammlung der Arbeiter in K. statt. Hier wurde die Verammlung der Arbeiter in K. statt...

Über ein Wort an auch die Arbeiter in der SPD, die den Faschismus nicht erwidern können, wurde er nervös. Er wußte sich nicht anders, als die Rede zu unterbrechen und einen, der jedoch durch Polizei aus dem Saal bringen zu lassen. Darauf verließ die meisten Arbeiter das Lokal. Die Verammlung war ein großer Erfolg für die rote Einheitsfront gegen den Faschismus, die kein Bergholz aufhalten kann.

Die öffentliche Verammlung, der Kreisrat ist zu Sonntagabend, den 12. Dezember, 19 Uhr, im Kreislinienhaus einberufen. Die wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung: Verberingung des Kreisratsbeschlusses über die Erhebung eines Kampfgeldes gegen die Berufslosen, Erlass einer neuen Rentenordnung, die SPD-Partei wird sich durch Dringlichkeitsantrag für die Erwerbslosen, die Sozial- und Kleinrentner einbringen.

Die öffentliche Verammlung, der Kreisrat ist zu Sonntagabend, den 12. Dezember, 19 Uhr, im Kreislinienhaus einberufen. Die wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung: Verberingung des Kreisratsbeschlusses über die Erhebung eines Kampfgeldes gegen die Berufslosen, Erlass einer neuen Rentenordnung, die SPD-Partei wird sich durch Dringlichkeitsantrag für die Erwerbslosen, die Sozial- und Kleinrentner einbringen.

Weißenfels-Zeit „Christliche Nächstenliebe“

H. A. K. Am Dienstagabend fand eine öffentliche Verammlung der Arbeiter in K. statt. Hier wurde die Verammlung der Arbeiter in K. statt. Hier wurde die Verammlung der Arbeiter in K. statt...

Die öffentliche Verammlung, der Kreisrat ist zu Sonntagabend, den 12. Dezember, 19 Uhr, im Kreislinienhaus einberufen. Die wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung: Verberingung des Kreisratsbeschlusses über die Erhebung eines Kampfgeldes gegen die Berufslosen, Erlass einer neuen Rentenordnung, die SPD-Partei wird sich durch Dringlichkeitsantrag für die Erwerbslosen, die Sozial- und Kleinrentner einbringen.

Bergholz wird nervös

H. A. K. Am Sonntag sprach hier Bergholz aus dem Thema: Warum kückt die SPD? In einer langen Rede verurteilte er die SPD zurückzuführen, daß die anwesenden Arbeiter liegen sich nicht einleiten. An der Diskussion sprach in sachlicher, aber harter Form Genosse S. K. Die SPD hat gepredigt: Durch den Kampf zum Sozialismus — und was ist geworden? Zum Sozialismus sind wir gekommen. Der nationale und internationaleerrat der Sozialdemokratie hat sich dem Weg freigemacht für den Faschismus. Genosse S. K. zeigte, wie die SPD...

Werbt für den „Klassenkampf“

H. A. K. Am Sonntag sprach hier Bergholz aus dem Thema: Warum kückt die SPD? In einer langen Rede verurteilte er die SPD zurückzuführen, daß die anwesenden Arbeiter liegen sich nicht einleiten. An der Diskussion sprach in sachlicher, aber harter Form Genosse S. K. Die SPD hat gepredigt: Durch den Kampf zum Sozialismus — und was ist geworden? Zum Sozialismus sind wir gekommen. Der nationale und internationaleerrat der Sozialdemokratie hat sich dem Weg freigemacht für den Faschismus. Genosse S. K. zeigte, wie die SPD...

Advertisement for 'MAGGI' soups, featuring a woman's face and text: 'MAGGI-Gutscheine', 'Beim Nachfüllen von MAGGI-Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch', 'Es gibt für eine Flasche Nr. 0 2x 1/2 2x 3/4 3x 1/2 3x 3/4 Gutschein'.

